

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 25

Artikel: Sowjet-Uzbekistan : Korruption und was noch mehr?
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094639>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sowjet-Uzbekistan: Korruption und was noch mehr?

In Usbekistan ist der Regierungschef Narmachonnadi Chudaiberdjew im Alter von 56 Jahren vorzeitig pensioniert worden. Die offizielle Mitteilung darüber führte keine Gründe an, und da kann man getrost annehmen, dass der Fall zur grossen Säuberung gehört, die in Usbekistan vor gut einem Jahr einsetzte und offenbar immer noch anhält. Und was steckt

hinter der Säuberung? Ganz sicher die Korruption; sie wird von der sowjetischen Presse nicht nur zugegeben, sondern ausgesprochen gebrandmarkt. Aber es ist die Frage, ob die wirtschaftliche Korruption das einzige ist, was die Moskauer Machthaber in Usbekistan so augenfällig stört. Denn sie haben noch andere usbekische Sorgen.

Die noch nicht verebbte Säuberungswelle in Usbekistan ist zwar als Gesamterscheinung offenkundig, aber gerade im Falle ihrer ranghöchsten Opfer immer auch eine vage Sache. Man hat im Laufe der letzten Monate mehrere Dutzend höhere Parteifunktionäre, Behördemitglieder und Justizbeamte ihrer Funktion enthoben, versetzt oder vorzeitig zurücktreten lassen, ohne dass man das personenbezogen begründet hätte: Das betraf Erste Parteisekretäre von verschiedenen Gebieten (Oblasten), Bezirken und Städten, ferner mehrere Minister der usbekischen Regierung, schliesslich mehrere Staatsanwälte und andere Kaderleute von Justiz und Polizei.

Erst gesäubert, dann geklärt

Nur in bestimmten Einzelfällen hat man die zunächst höchstens indirekt ersichtliche Massregelung später ausdrücklich bestätigt und dann immer mit Korruption begründet. Das war zum Beispiel der Fall beim Ersten Gebietspartei sekretär von Buchara, Abduwachind Karimow. Schon im Januar 1984 war seine «Versetzung zu anderer Arbeit» gemeldet worden, aber erst im Juni und Juli berichtete die usbekische Hauptzeitung über seinen (offenbar lange getätigten) Amtsmissbrauch. Karimow habe selbstherrliche Entscheidungen getroffen, Vetterwirtschaft betrieben und verantwortliche Posten mit Leuten besetzt, die nunmehr wegen «Veruntreuung und Bestechung von besonders grossem Umfang» zu bestrafen seien («Prawda Wostoka», Taschkent, 25. 6. und 31. 7. 1984).

In andern Fällen blieb es beim Zwielficht von unkommentierten personellen Wechseln, obwohl das Prinzip der Säuberungen einsichtig war und anscheinend auch sein sollte, da die

Medien die Korruption in den betreffenden Sektoren (der gegangenen Verantwortlichen) öffentlich anprangerten. Aber auch das geschah erst im Verlauf einer eigentlichen Kampagne diesen Sommer; da entdeckten sowohl die zentrale Presse in Moskau als auch die usbekische Presse in Taschkent das Thema «Korruption in Usbekistan». Die tatsächlichen Säuberungen waren bis dahin schon weit vorangeschritten.

Sterbefall Raschidow

Möglicherweise hatte es ganz oben angefangen. Im Herbst des letzten Jahres war der usbekische Parteichef Scharaf Raschidow nach Auskünften von dritter Seite (so unser afghanischer Gewährsmann Wahab, der sich oft in Usbekistan aufhält, in «ZB» Nr. 6/1984) beim Kreml in Ungnade gefallen; er starb dann im Oktober offiziell an einer Herzkrankheit, an die inoffiziell offenbar niemand so recht glaubte. Gerüchte kolportierten seinen Tod in mutmasslichen Zusammenhängen: Moskaus Unzufriedenheit mit der Moslem-Frage und mit der usbekischen Einstellung zum Krieg im benachbarten Afghanistan.

Nachdem der Tod Raschidows ohnehin in den Geruch des Mysteriösen geraten war, erhielten bestimmte Gerüchte über bestimmte Hintergründe plötzlich Auftrieb. Westlichen Korrespondenten in Moskau wurden vertrauliche Erklärungen zuteil, wonach Raschidow die Zahlen der usbekischen Baumwollernte frisiert habe, um sich und seiner Clique gewaltige Zusatzeinkommen zu verschaffen, usw.

Und dieser Eindruck (von Wirtschaftskriminalität jenseits aller Politik) bestätigte sich dann diesen Sommer gewissermassen, als die Anti-

korruptionskampagne der sowjetischen Presse gezielt Usbekistan zum Ziel hatte, womit die umfangreichen Säuberungen auf plausible Art und Weise erklärt werden konnten.

Wobei an der Korruptheit usbekischer Funktionäre an sich keine Zweifel bestehen. Man kann sich höchstens fragen, warum sie soviel mehr korruptionsanfälliger sein sollten als andere Sowjetfunktionäre. Am Umfang der personellen Auswechslung ist ohnehin nicht zu zweifeln, obwohl eine sowjetische Gesamtübersicht darüber fehlt. Sie ist auch nicht rekonstruierbar, schon weil es in vielen Fällen an der amtlichen Präzisierung dafür fehlt, ob ein bestimmter Funktionär ging oder gegangen worden ist usw. Indessen führt die sowjetische Presse für vereinzelte Regionen oder Branchen Zahlenbeispiele an, und diese sind eindrucklich genug.

Polizistensünden auf der Apothekerwaage

Allein im Gebiet Fergana sind 398 Personen aus dem Justiz- und Polizeidienst entlassen und zum Teil unter Strafanklage gestellt worden, insbesondere wegen Annahme von Bestechungsgeldern, wegen Amtsanmassung und wegen «unstatthafter Ermittlungsmethoden» («Prawda Wostoka», 7. 8. 1984). Dass das sowjetische Regime den Vorsatz fasst, unstatthafte Ermittlungsmethoden zu bekämpfen, sollte grundsätzlich die Dissidenten freuen, die das Anliegen immer wieder vergeblich vorgebracht haben, aber in ihrem Sinne ist der öffentliche Vorwurf ja nicht gemeint; es geht nach Suggestion der Parteipresse um Begünstigung von Wirtschaftskriminalität.

Ferner sind im Gebiet Buchara 155 Personen und in der Autonomen Sowjetrepublik Karakalpak 157 Personen aus dem Polizeidienst entlassen worden, unter ihnen viele Vorgesetzte («Prawda Wostoka», 31. 7. und 14. 8. 1984).

Die Zahlen schwellen an, wenn es um weitere Sektoren geht. Im Gebiet Taschkent hat man 1056 Angestellte von Warenhäusern, Lagern, Apotheken und Spitälern entlassen und wegen unerlaubter Praktiken und Gesetzeswidrigkeiten «zur Verantwortung gezogen» («Prawda Wostoka», 15. 7. 1984 und «Iswestija», Moskau, 22. 8. 1984, wo die unerlaubten Praktiken geschildert wurden, beispielsweise ärztlicher Schwarzhandel mit Medikamenten).

Taten und Tatgewinne

Diese angesammelten Zahlen erschienen diesen Sommer im Rahmen einer konzertierten Kampagne der sowjetischen Presse (die usbekische Presse musste sich weitgehend vorschicken lassen) gegen die Korruption in Usbekistan.

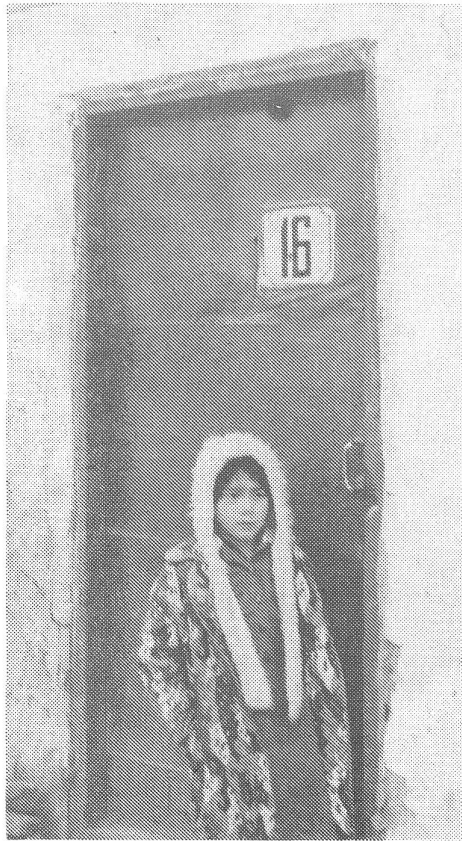
Die Klagen betrafen die Schädigung der Volkswirtschaft durch kriminelle Machenschaften in verschiedenen Branchen. Etwa mittels Fälschung der Baumwollerträge (Usbekistan ist sowjetischer Hauptlieferant dafür) und Bereicherung durch den Verkauf der unterschlagenen Mengen. Oder mittels Schiebereien bei der Ablieferung von Milchprodukten: Landwirtschaftliche Unternehmen kaufen zum Beispiel subventionsverbilligte Butter im Handel und liefern sie dann dem Staat als ihre angebliche Produktion wieder ab, weil ihnen das billiger zu stehen kommt als Eigenerzeugung. Dass diese volkswirtschaftlich unsinnige Methode rentieren kann, liegt am sowjetischen Preissystem; an sich ist das ein alter Witz und die Klage darüber ein alter Hut.

Die Vorwürfe an die gemassregelten Kader von Partei, Staat und Wirtschaft machen ihrerseits Zustände ersichtlich, wie sie in der ganzen Sowjetunion an der Tagesordnung sind. «Gewisse führende Leute» hätten sich mit unerlaubten Mitteln mehrere Häuser und Autos angeschafft; sie hätten ihren Familienmitgliedern und ihren Protégés ebenfalls unstatthafte Reichtümer auf Staatskosten zukommen lassen usw. Auserhalb dieser gesamtsovetischen Üblichkeiten mag eine Beschuldigung vielleicht noch von spezifischem Interesse sein. Man wirft den fehlbaren Personen unter anderm auch vor, ihre Position dazu benutzt zu haben, ihre Söhne vom Militärdienst zu befreien («Prawda Wostoka», 26. 6. und 7. 8. 1984).

Krimineller Volkscharakter oder was?

Insgesamt handelt es sich um Praktiken, die in der ganzen UdSSR vorkommen und unter ihrem System besonders gut gedeihen.

Und wiederum besonders gut in Usbekistan? Man müsste es angesichts des öffentlichen Scherbengerichts über diese eine ausgesuchte Sowjetrepublik annehmen. Es macht den Anschein, dass die Korruption dort plötzlich un-



Mädchen in der Altstadt von Buchara.

tragbare Ausmasse angenommen hat und plötzlich als Gesamterscheinung aufgedeckt wurde. Das ist möglich. Andererseits freilich bleibt es bei der schieren Annahme. Es gibt keine Korruptionsstatistik mit Vergleichsdaten für die übrigen Unionsgebiete.

Sicherlich ist Usbekistan eine gesamtsovetische Aufmerksamkeit wert. Die Sowjetrepublik ist elfmal so gross wie die Schweiz und hat dreimal mehr Einwohner. Sie produziert viel Baumwolle und etwas exportträchtige Seide. Sie ist als kinderreiches Land (zusammen mit den andern zentralasiatischen Ländern) ein Lieferant von Arbeitskräften in die diesbezüglich ärmeren Gebiete der Sowjetunion. Und es ist natürlich glaubhaft, dass die Sowjetführung unzufrieden ist, wenn in Usbekistan die Wirtschaftskriminalität überhandnimmt.

Damals in Georgien . . .

Das alles sei vorgegeben. Aber es braucht nicht alles zu sein.

Es gibt Präzedenzfälle, die einen Vorbehalt rechtfertigen. Vor gut einem Jahrzehnt war Georgien dran, der Union als schlechtes Beispiel vorgestellt zu werden. Aus höchsten Gremien und in breitester Auflage hagelte es Vorwürfe über Schwarzhandel und Schwarzarbeit, über blühende Privatbetriebe hinter staatlichen Fassaden, über die angeschwollenen Nebenwirtschaften der Agrarbetriebe, über Wirtschaftsdelikte in allen Formen und Verformungen. Und entsprechend meldete man Absetzungen und

Verhaftungen en masse. Von Spekulanten natürlich und ähnlichen Delinquenten.

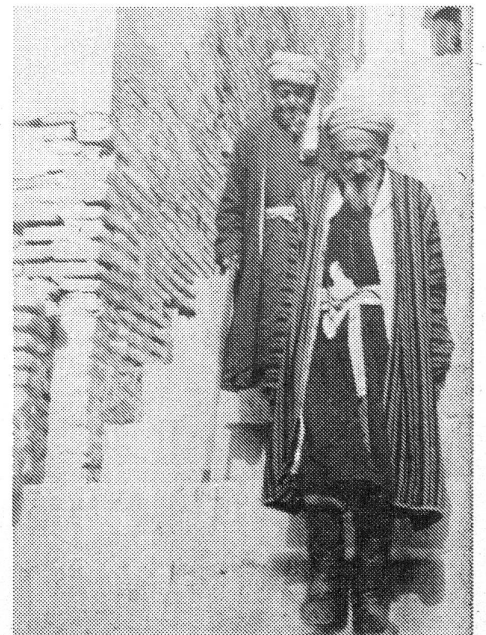
Und erst später, nachträglich und bruchstückweise, erfuhr man dann, dass das nicht alles gewesen war. Im Aufwasch der Korruptionskampagne und hinter ihrem Rauchvorhang wurden auch Leute verhaftet, denen man ganz andere Dinge vorzuwerfen hatte als Wirtschaftsdelikte. Nämlich grusinischen Chauvinismus, engstirnigen Nationalismus, falsche Geschichtsschreibung, Irreführung der Jugend, ideologische Abirrungen. Und im nachhinein erfuhr man aus Samisdad-Quellen auch, dass es vor der grossen Korruptionsbekämpfung zu nationalistischen Studentenkundgebungen gekommen war. So ergriff das Regime damals die Gelegenheit, mehrere Übel auf einmal zu bekämpfen, aber nur eines von ihnen zu nennen.

Den Schieber beschimpft und den Mullah gemeint?

Nun ist heute in Usbekistan etwas Ähnliches denkbar. Man braucht nicht daran zu zweifeln, dass der Kreml in Usbekistan die Wirtschaftskriminalität bekämpft, um daran zu zweifeln, dass er sie *allein* bekämpft. Denn möglicherweise hat man im Kreml noch andere usbekische Sorgen. Und zwar von der Art, die man lieber nicht plakatiert.

Usbekistan ist von der Tradition her ein islamisches Land. Und es gibt (siehe letzte Nummer) Indizien für ein neu erwachendes islamisches Bewusstsein, das allfälligerweise ein neu erwachendes Nationalbewusstsein ankündigen kann. Das bereitet den Machthabern Sorge.

Eine veraltende Sorge? Gewiss hat man diesen Eindruck, wenn man als Westtourist hinkommt. An heiligen Stätten des Islams sieht man ausschliesslich alte Leute beten. Nur gibt es unter der Oberfläche auch etwas, und insbe-



Moslems auf heiliger Treppe in Samarkand. Ist die Glaubenssache wirklich ein Altenteil?

sondere den islamischen Untergrund mit seiner Presse, über die wir schon berichtet haben; und da sind bestimmt ganz andere Kräfte am Werk als das fromme Mütterlein von gestern.

Tabu Afghanistan

Dann aber und vor allem: Usbekistan ist nicht nur direkter Nachbar von Afghanistan, sondern auch das eigentliche Heerlager für den dortigen Krieg. Von Usbekistan aus fliegt man die Bombereinsätze gegen nordafghanische Städte, in Usbekistan sind die Truppen für kurzfristige Sonderaktionen stationiert, nach Usbekistan (und speziell in dafür eingerichtete «Häuser» von Taschkent) dürfen kriegsführende Sowjetoffiziere in den Urlaub. Hier in Usbekistan ordnet man den Nachschub, hier sortiert man die Verwundeten.

Und da stellt sich die immer noch nicht beantwortete Frage, wie sich die Bevölkerung zum Krieg verhält. Die afghanische Bevölkerung besteht zum Teil aus Usbeken (und auch aus Tadschiken). Über die ethnischen Bande hinaus gibt es noch die Bande der Religion. In Afghanistan selbst haben die Sowjets den usbekischen (und überhaupt zentralasiatischen) Anteil ihrer Truppen vermindern müssen, weil der ursprünglich gewünschte Verbrüderungseffekt in die falsche Richtung ging.

Es ist anzunehmen, dass die Sowjetführung usbekische Sorgen mit afghanischem Einschlag hat. Wahrscheinlich eher latent als akut, aber sicher ist nichts. Dem Besucher tut sich bei den Leuten keine Parteinahme kund, weder so noch so. Aber offenbar ist das bloße Wort «Afghanistan» so geladen, dass es abstößt. Lässt der Gast in einer noch so freundschaftlichen Unterhaltung in einem noch so unschuldigen Zusammenhang das Wort fallen, dann versteinern sich die Gesichter der Einheimischen, und nach einer plötzlichen Pause von undurchdringlichem Schweigen wird mit betonter Frische der Themawechsel vorgenommen; man spürt das Tabu-Signal geradezu körperlich. Mit dem Begriff Afghanistan braucht sich in Usbekistan kein (lebensgefährlicher) Untergrund zu verbinden, aber Untergründigkeit umgibt ihn fast greifbar.

Und die Korruption? Natürlich ist sie ein ernstes Problem. Aber wie ernst nimmt man sie eigentlich in der Alltagspraxis? Die staatliche Produktion in der Sowjetunion ist normalerweise für den staatlichen Handel bestimmt. Aber auf den freien Märkten, den Basars (sie entsprechen den sogenannten Kolchosmärkten in den europäischen Unionsgebieten) von Taschkent, Bucharra oder Samarkand gibt es eine Menge von staatlichen Produkten im privaten Verkauf; die Polizei *steht* dabei, aber sie *findet* nichts dabei. Ist das private Geschäft mit staatlichen Waren legal, oder ist es nur normal?

Wie dem auch immer sei: Mit der Thematik der usbekischen Korruption ist man sowjetischerseits so auffällig eingedeckt worden, dass man sich schon fragen darf, was damit zugedeckt werden sollte.

Terror und Politik in Polen

In Polen ist der Mordfall Popieluszko weder abgeschlossen noch von ähnlichen Ereignissen isoliert, die weiterhin stattfinden. Hier schildert Dr. Gorski den Stand der Dinge.

Der Mord am Pfarrer Jerzy Popieluszko hat sich für das Regime in Polen als Bumerang erwiesen.

● Die wichtigste Stütze des Sozialismus, der Sicherheitsdienst, wurde blossgestellt. Der Tod des jungen Priesters hat die Bevölkerung geweckt; zahlreiche ähnliche Fälle sind von der Opposition ans Licht gebracht worden (siehe vorletzte Nummer), und die Führung muss mit der Bekanntgabe weiterer Fälle rechnen, was ihre Glaubwürdigkeit als unwissendes Opfer einer «Provokation» vollends zerstören wird.

● Der «Durchgreifewille» von Jaruzelski ist als Seifenblase erkannt. Man hat drei Offiziere vom Sicherheitsdienst-Departement zur Überwachung der Kirche unter Mordanklage gestellt. Der stellvertretende Leiter des Departementes, Oberst Adam Pietruszka, wird als «Drahtzieher und Anstifter» hingestellt. Der Leiter des Departementes, General Zenon Platek, wurde nur wegen «mangelhafter Dienstaufsicht» entlassen. Indessen ist es für jeden Polen offenkundig, dass diese Figuren auf dem Schachbrett gar nicht in der Lage zu eigenmächtigem Handeln waren und nur auf Befehl von oben in Gang gesetzt wurden.

Fraglose Pressekonferenz

Um in dieser Situation sein Gesicht zu wahren, hat General Jaruzelski erstmals in der Ge-

schichte seiner Militärjunta eine Pressekonferenz abgehalten. Am Mittwoch, dem 28. November, war es soweit, ein gutgewählter Zeitpunkt. In Warschau fand gerade eine Konferenz über die «Rolle des Journalisten zur Wahrung des Weltfriedens» statt; da passte die Erscheinung eines blutbefleckten Militärdiktators vor der Presse eben hin.

Den Journalisten war «empfohlen» worden, keine Fragen zu stellen. Bei dieser Auffassung von «Pressekonferenz» konnte sich der General an den Text halten, ohne aus dem Konzept zu geraten.

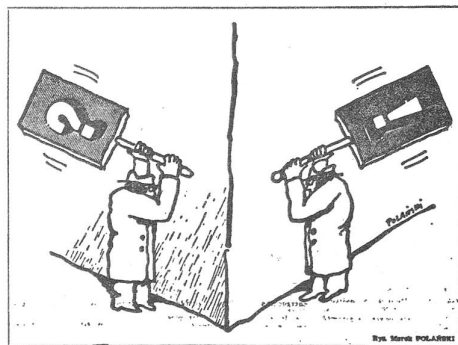
Das Frageverbot blieb die einzige Sensation der Pressekonferenz. Der Mann in Uniform legte das dar, was man von ihm und seinesgleichen schon seit Jahren zu hören bekommt. Zum Beispiel erklärte er sich zum Dialog bereit; davon ausgeschlossen seien freilich «Personen, die oppositionell eingestellt sind und sich den höheren Werten des Sozialismus nicht unterordnen». Mit anderen Worten: Dialog mit jenen, die nicht widersprechen.

Aus Jaruzelskis Ausführungen konnte man deutlich die Strategie bestätigt sehen, die das Regime der Kirche gegenüber eingeschlagen hat und fortzusetzen gedenkt. Der General ging nämlich betont zweiseitig vor. Einerseits umwarb er die katholische Hierarchie und lobte insbesondere den polnischen Primas, Kardinal Glemp, andererseits suchte er in selektiven Wendungen die Basis der Kirche einzuschüchtern, d. h. jene volksnahen Priester und Laien, welche sich nicht in den Dienst der herrschenden Schicht stellen lassen wollen.

SD-Gewalt geht weiter

Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Kirchenpolitik langfristig angelegt ist. Sie zielt darauf ab, das Episkopat der Basis zu entfremden und eine Spaltung herbeizuführen. Falls sich das Episkopat als willfährig erweist, wird die Rechnung aufgehen.

Im Polen von heute ist es bemerkenswert, dass die physische Gewaltanwendung gegenüber



«Polityka», Warschau, 1. 12. 1984